

# Soziale Milieus im gesellschaftlichen Strukturwandel

Herausgegeben von  
Michael Vester, Heiko Geiling, Andrea Lange-Vester

Heiko Geiling (Hrsg.)

## Die Krise der SPD

Autoritäre oder partizipatorische Demokratie



Für Peter von Oertzen (1924–2008)

Volks- und Mitgliederparteien müssen unterschiedliche soziale Milieus repräsentieren, um für die eigene Politik mobilisieren und Wahlerfolge erzielen zu können. Jedoch setzt die Mobilisierung mittlerweile modernisierter sozialer Milieus demokratische Kommunikation und Beteiligung auf Augenhöhe voraus. Das Beharren auf autoritären Praktiken der Demokratie hingegen führt zur Auflösung des Modells der Volkspartei. Die Autoren des vorliegenden Buches verdeutlichen diese These am Beispiel der Krise der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.



# Inhalt

Einleitung .....	13
------------------	----

MICHAEL VESTER UND HEIKO GEILING

Soziales Kapital und Wählerverhalten – Die Krise einer Volks- und Mitgliederpartei .....	25
1 Ökonomische Differenzierung: Rot-grüne Präferenzen der modernerer Klassenfraktionen .....	27
2 Kulturelle Differenzierung: Keine Auflösung der Arbeitnehmersmilieus .....	29
3 Politische Differenzierung: Fortbestand und Erweiterung der klassischen »Lager« .....	34
4 Schröders Konzept der »neuen Mitte«: Eine von oben organisierte Auflösung der Wählerbindungen .....	38
5 Wie soziales Kapital erworben und wie es verspielt wird .....	42
6 Aussichten: Zwischen autoritärer und lebendiger Demokratie .....	46

MAX REINHARDT

Parteilügelkämpfe seit der Bundestagswahl 2002 – Der Kampf um die Macht in der SPD .....	53
1 Korporatistisch-ständischer Wohlfahrtsstaat versus sozialdemokratischer Teilhabe- und Verteilungsstaat .....	55
2 Innerparteiliche Entwicklungen bis zur Bundestagswahl 2002 .....	57
3 Die SPD nach der Bundestagswahl 2002 .....	68
4 Innenpolitik der SPD bis zur Bundestagswahl 2005 .....	77
5 Die SPD nach der Bundestagswahl 2005 .....	78
6 Die Innenpolitik der SPD nach der Bundestagswahl 2005 .....	83
7 Flügelkämpfe im Jahr 2008 bis zur Nominierung des Kanzlerkandidaten durch den Parteivorstand .....	84
8 Finanzmarktkrise 2008/2009 als Chance für die SPD? .....	92
9 Die Zerreißprobe in der hessischen SPD .....	94
10 Resümee .....	98

STEPHAN MEISE

»...wozu die Sozialdemokratie eigentlich verpflichtet wäre« –

Verprellte Mitglieder, Parteiaustritte und die Vertrauenskrise der SPD .....	113
1 Wandel und Akzeptanzkrise der SPD .....	116
2 Theoretischer Hintergrund .....	119
3 Untersuchung von Parteiaustrittsbriefen .....	121
4 Typologie der aus der SPD Ausgetretenen .....	124
4.1 Die Gehobenen Linken .....	124
4.2 Die Technokratisch-Konservativen .....	128
4.3 Die Anspruchsvoll-Modernen .....	131
4.4 Die Integrative Arbeitnehmer-Mitte .....	135
4.5 Die Abgehängten Älteren .....	139
4.6 Die Konservativen und Verbitterten .....	144
5 Schlussfolgerungen .....	148

WOLFGANG SCHROEDER

Die hessische SPD: Zwischen Machtanspruch und

innerparteilicher Zerrissenheit .....	159
1 Entwicklung der hessischen SPD .....	161
1.1 Entwicklung der Wahlergebnisse der hessischen SPD .....	161
1.2 Regierungspartei im Abonnement (1950–1987): Das »Rote Hessen« .....	162
1.3 Der Weg zu »Rot-Grün« .....	166
1.4 Erstmals in der Opposition .....	166
1.5 Eichel-Jahre .....	167
1.6 Gekocht und geschrödert .....	168
2 Entwicklung der Parteioorganisation .....	171
2.1 Mitgliederentwicklung .....	171
2.2 Organisationsreformen .....	176
3 Wahlkämpfe seit 1999 .....	181
3.1 Politische Strömungen und Spitzenpersonal .....	181
3.2 Wahlkämpfe 1999 und 2003 .....	184
3.3 Wahlkampf 2008 .....	186
3.4 Der Weg in die tiefe Krise .....	190
4 Fazit und Ausblick .....	193

HORST PETER UND MATHIAS LOMB

## Mit Programm und Glaubwürdigkeit Wahlen gewinnen –

Die Landtagswahlen in Hessen 2008 und 2009 .....	197
1 Die hessische Landtagswahl 2008 .....	197
1.1 Die Haupttrends des hessischen Wahlergebnisses 2008 .....	198
1.2 Wahlkampf als Programmkampagne: Inhalte durch Glaubwürdigkeit der Personen verankern .....	201
1.3 Die Verunsicherung der CDU .....	202
1.4 Unterstützung von unten und von außen für Ypsilanti .....	204
1.5 Das Wahlergebnis in Kassel als Probe aufs Exempel .....	210
1.6 Fazit .....	217
2 Die hessische Landtagswahl 2009 .....	218
2.1 Die Zeit ist reif, aber auch die SPD? .....	218
2.2 Vergleichende Analyse .....	224
3 Zusammenfassung .....	230

HEIKO GEILING

## Die SPD im freien Fall – Zwischenrufe zu den niedersächsischen

Landtagswahlen 2003 und 2008 .....	231
1 Der Niedergang einer Landespartei .....	233
2 Zu den Ergebnissen der Landtagswahl 2003 in Niedersachsen .....	237
2.1 Zur Ausgangssituation der SPD im Januar 2003 .....	237
2.2 Zu den Wahlergebnissen in Hannover .....	239
2.3 Zusammenfassung .....	244
3 Zu den Ergebnissen der Landtagswahl 2008 in Niedersachsen .....	246
3.1 Ergebnisse mit Blick auf die Region Hannover .....	246
3.2 Ergebnisse mit Blick auf ausgewählte hannoversche Stadtteile .....	248
3.3 Zusammenfassung .....	256

DANIEL GARDEMIN

**Kleinräumige Untersuchung der SPD-Wählerschaft –**

<b>Wahlanalysen in Hannover von 1998 bis 2008 .....</b>	<b>259</b>
1 Die Ausgangslage .....	260
1.1 Der so genannte »Dritte Weg« .....	260
1.2 Kleinräumige Wahlanalysen .....	263
2 Bundestagswahl 1998 .....	264
2.1 Die innerstädtischen Hochburgen der Grünen .....	268
3 Bundestagswahl 2002 .....	270
3.1 Die CDU-Hochburgen in den privilegierten Stadtteilen .....	270
4 Landtagswahl 2003 .....	274
4.1 Der Rückzug der SPD-Stammwähler .....	274
4.2 Die Grünen erschließen neue Wählergruppen .....	276
5 Bundestagswahl 2005 .....	277
5.1 Bundestagswahl 2005 – Eine Zwischenbilanz .....	280
5.2 SPD und CDU verlieren .....	280
5.3 Wählerwanderungsströme .....	281
5.4 Strukturelle Wahlmuster .....	283
5.5 Einbrüche in den Parteihochburgen der Volksparteien .....	286
6 Niedersächsische Landtagswahl 2008 .....	288
6.1 Die Linke in einer westdeutschen Großstadt .....	290
7 Folgen der Spaltung des sozialdemokratischen Wählerspektrums .....	296
8 Eine neue Wahlarithmetik .....	299

THOMAS SCHWARZER

<b>Erneuert sich die Politik aus den großen Städten heraus? .....</b>	<b>303</b>
1 Welche politische Bedeutung haben die großen Stadtregionen in Deutschland? .....	305
2 Das dezentrale Machtgefüge der verteilten deutschen Großstadtregionen .....	307
3 Drei Pfade großstädtischer Entwicklung in Deutschland .....	309
4 Veränderte politische Machtgefüge – auch in den 15 größten deutschen Städten .....	313
4.1 Hegemonie der Funktionseliten .....	319
4.2 Schwächung und Legitimationsverlust der Stadträte .....	324
4.3 Stärkung der Bürgerrechte bei geringeren Gestaltungsmöglichkeiten .....	327
5 Der weite Weg von der ausgezehten Parteiendemokratie zur Mobilisierung für eine soziale Stadtpolitik .....	331



HORST PETER UND MICHAEL VESTER  
Zwischen autoritärer und partizipatorischer Demokratie – Das  
»neoliberale Modell Deutschland« der SPD-Führung ist in der Krise ..... 341

Zu den Autoren ..... 351



# Einleitung

Das Fünfparteiensystem ist spätestens mit den Bundestagswahlen 2005 auch in der alten Bundesrepublik angekommen. Konnte dies bis dahin noch reflexartig als ostdeutsches Sonderproblem abgewehrt werden, müssen sich die Volksparteien CDU/CSU und SPD dieser Realität mittlerweile auch in Westdeutschland stellen. Zweistellige Stimmenverluste sind nicht ohne weiteres zu verdrängen; und dies nicht erst seit den Landtagswahlen in Hessen 2009. Die mit der Bundesrepublik verbundene Erfolgsgeschichte der Volksparteien als die von politischen Integrationsmaschinen scheint dem Ende nahe. Ihre ›Flucht‹ in die Große Koalition auf Bundesebene wird keine dauerhafte Lösung sein. Nicht allein die Landtagswahlen in Hessen 2009 und Bayern 2008, sondern vor allem die vorausgegangenen Landtagswahlen seit 2003 verweisen auf mehr oder weniger systematische Verschiebungen des Wählerverhaltens auf Kosten der Unionsparteien sowie insbesondere auf Kosten der SPD. Im tagespolitischen Getümmel der parteipolitischen Akteure ist die Versuchung groß, die politischen Hintergründe dieser Verschiebungen auszublenden, zumal nach dem Motto ›Rette sich wer kann‹ die Absicherung politischer Karrieren strategische (Neu-)Orientierungen in den Hintergrund drängt. Die mediale Öffentlichkeit des politischen Feuilletons tut ein Übriges, wenn sie Arm in Arm mit der Markt- und Meinungsforschung Politik personalisierend und voyeuristisch als ›Events‹ parteiergreifend aufbereitet. Mit der Hektik dieses als ›Ereignis‹ zugemuteten Politikbetriebs, der von Tag zu Tag mit neuem Stoff angefüllt werden muss, ist eine vordergründige Dynamik im Gange, die dem grundsätzlichen Diskussionsbedarf in den Volksparteien und ihren möglichen strategischen Optionen keinen Raum lässt.

Von daher ist es kaum verwunderlich, wenn zehn Jahre nach dem rotgrünen Erfolg bei der Bundestagswahl von 1998 zur Kenntnis genommen werden muss, dass das sozialdemokratische Konzept der »neuen Mitte« nicht als das gehandelt wird, zu dem es faktisch geführt hat, als Fiasko, sondern als ein zur Legendenbildung der Schröderschen Politik beitragender Mythos. Dagegen ist daran zu erin-

nern, dass die verlorene Bundestagswahl von 2005 der entscheidende Test für das Konzept der »neuen Mitte« war, das dem sozialdemokratischen Wahlkampf von 1998 und nicht zuletzt Schröders »Agenda 2010« von 2003 zu Grunde lag. Die Niederlage der SPD und die Probleme der CDU bestätigen, dass die Volksparteien die Ernsthaftigkeit unterschätzt hatten, mit der mehr als vier Fünftel der Bevölkerung ein neoliberales Programm der sozialen Schief lagen ablehnen und die Fortsetzung eines solidarischen Sozialmodells unterstützen.

Heute, zu Beginn des Jahres 2009, gehen die technokratischen Zentren der beiden Volksparteien bzw. die in der Großen Koalition agierenden Parteieliten nahezu umstandslos dazu über, ihre anti-keynesianische »Sparpolitik« unter dem Druck der globalen Wirtschaftskrise aufzugeben und kreditfinanzierte Konjunkturprogramme zu verkünden. Die Frage ist nur, ob damit die bisherigen Schief lagen des deutschen Produktionsmodells mit Hilfe der notwendigen Investitionen in den Humandienstleistungsbereich korrigiert werden können. Denn über die Investitionen in »Beton«, für vernachlässigte öffentliche Infrastruktur, und in »Blech«, für die machtstarke Automobilindustrie, hinaus lassen sich heute nur noch im personalintensiven Bildungs-, Sozial-, Gesundheits- und Kultursektor dauerhafte Arbeitsplätze schaffen, und nur so könnte damit zugleich der Trend zu prekären und unsicheren Soziallagen umgekehrt werden. Solange dies angesichts des wirtschaftlich-politischen Machtkartells von exportorientierter Industrie und von ihr nahestehender Parteipolitik nicht geschieht, wird der Zulauf zu den kleinen Parteien, einschließlich der Rechtspopulisten, sowie zu den Nichtwählern weiter anhalten.

Wer glaubt, damit auf eine kommende Linkskoalition setzen zu können, könnte enttäuscht werden. Denn wie in den Niederlanden, könnte das Elitenkartell der beiden Volksparteien mit seiner überwältigenden Mehrheit es sich durchaus leisten, nach rechts und links immer wieder Stimmen zu verlieren, aber doch über einige Wahlperioden weiterzuregieren und dann aus ihrer Politik der staatlichen Wirtschaftsstabilisierung eine zunehmende autoritäre Staats-Wirtschafts-Allianz zu entwickeln. Bei einem solchen Szenarium ist mit der Entwicklung von gesellschaftlich-politischen Gegenbewegungen zu rechnen, insbesondere dann, wenn die zuvor teilweise an den Rand gedrängten und geschwächten Gewerkschaften neuen Zulauf erhalten. Dabei ist damit zu rechnen, dass die mit der Wirtschaftskrise zu erwartenden sozialen Zumutungen mehr und mehr auch differenzierte, beruflich gut qualifizierte soziale Milieus treffen werden. Deren Verdrossenheit über die Politik hat sich nie allein an den Schief lagen des Wohlstands entzündet, sondern immer auch an den Praktiken autoritärer Reglemen-

tierung von oben, die nach wie vor davon ausgeht, Menschen als Kostenfaktor und nicht als wirtschaftliche und politische Produktivkraft behandeln zu müssen. Es handelt sich um Akteure der modernisierten sozialen Milieus, die mit den Starrheiten der etablierten Institutionen in Konflikt geraten werden, wenn sie sowohl für die Erneuerung eines solidarischen Sozialsystems als auch für die Erweiterung gesellschaftlich-politischer Mitbestimmung bzw. partizipatorischer Demokratie streiten werden.

Der hier vorgelegte Sammelband führt ausgewählte wahl- und organisationssoziologische Analysen aus Hessen und Niedersachsen zusammen. Die seit den Bundestagswahlen 2005 zu beobachtende Herausbildung des für die Bundesrepublik Deutschland neuartigen Fünfparteiensystems wird in den einzelnen Beiträgen mit Blick auf die politische Repräsentationskrise der Sozialdemokratischen Partei diskutiert. Ausgangspunkt vieler Beiträge, insbesondere der Analysen der Wahlergebnisse in Hannover und Kassel, sind die im Rahmen der »Politischen Soziologie und politischen Sozialstrukturanalyse« in Hannover entwickelten kleinräumigen, auf die sozialen Milieus hin ausgerichteten Untersuchungen der Verschiebungen des Wählerverhaltens. Kleinräumige Untersuchungsansätze machen den Blick dafür frei, parteipolitische Wettbewerbssituationen nicht mit dem angeblich freien Spiel von Angebot und Nachfrage zwischen Akteuren ohne soziale Bindungen und Traditionen zu verwechseln. In Analogie zum ökonomischen Marktmodell geht ein Teil der Wahlforschung von einer auf Kosten langfristiger Parteibindungen gehenden Entstrukturierung des Wählermarkts und des Wählerverhaltens hin zu kurzfristigen Wahlentscheidungen und Wechselwählerverhalten aus. Die uns mittlerweile umfassend begleitende politische Umfrageindustrie basiert auf diesem Marktmodell. Dass es sich dabei nicht selten um eine medienvermittelte Parallelwelt handelt, in der politische Umfragen gleichermaßen wie spekulationsbedingte Börsenkurse tagesaktuell aufbereitet werden, zeigt sich immer dann, wenn in Analogie zum überraschenden Börsencrash nicht minder unvorhergesehene Wahlergebnisse einer tieferreichenden Erklärung bedürfen.

Gegen die These der Individualisierung und rationalen Interessenwahl argumentieren in der Wahlforschung Vertreter der Cleavage-Theorien, die allenfalls eine graduelle Erosion der langfristigen Parteibindungen im Kontext gesellschaftlichen Sozialstrukturwandels annehmen. Mit ihren historischen und berufsstatistischen Analysen verweisen sie auf vertikale und horizontale bzw. auf soziale und kulturelle gesellschaftliche Ausdifferenzierungen. Darin offenbaren sich gesellschaftlich-politische Modernisierungen als Gestaltwandel der indus-

triellen Klassengesellschaft, von dem auch die klassischen Cleavages bzw. Konfliktlinien und damit auch die historischen parteipolitischen Bindungen nicht unbeeinflusst bleiben.

Der den Sammelband einleitende Beitrag von *Michael Vester* und *Heiko Geiling* über soziales Kapital und Wählerverhalten liefert den Hintergrund für die mit der Krise der politischen Repräsentation möglichen Szenarien autoritärer und partizipatorischer Demokratie. Ihr feldtheoretisch an Pierre Bourdieu anschließender Bezug auf den Cleavage-Ansatz erlaubt die Analyse der systematischen Beziehungen zwischen politischem und sozialem Feld. Überwunden werden kann damit der immer noch doktrinär ausgetragene Streit zwischen den Thesen, die von einer Auflösung oder von einem Fortbestand der Klassengesellschaft ausgehen. Mit Blick auf die Sozialstruktur und der zunehmend horizontalen Fraktionierung der Erwerbsklassen, mit Blick auf das Feld der alltagsweltlichen sozialen Milieus sowie mit Blick auf das politische Feld und seiner Trägheitseffekte der Parteibindungen wird auf die für Volks- und Mitgliederparteien zentrale Bedeutung des sozialen Kapitals verwiesen. Als Grundlage des Wählervertrauens und der Bindungen zwischen Repräsentierten und Repräsentanten basiert soziales Kapital auf langfristiger Beziehungsarbeit. Es realisiert sich in den Konflikten und demokratischen Willensbildungsprozessen intermediärer Einrichtungen und Akteure ebenso wie in der den Alltagswelten nahestehenden Kommunal- und Landespolitik. Soziales Kapital kann dabei nur langsam erworben werden. Jedoch kann es sehr schnell wieder verloren gehen, wenn leichtfertig handelnde Parteivertreter mit diesem Kapital Roulette spielen.

Die in diesem Sammelband vorgenommene thematische Ausrichtung auf die Akzeptanzkrise der Volksparteien geht zurück auf den massiven Vertrauensverlust der hier im Mittelpunkt stehenden Sozialdemokratischen Partei. Dieser wurde spätestens am 14. März 2003 sichtbar, als SPD-Kanzler Schröder seine als »Agenda 2010« gefasste Konzeption einer Reform der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik in Berlin vorstellte. Es handelte sich dabei um die konsequente Folge des in der SPD seit dem 1999 erfolgten Rücktritt ihres Vorsitzenden Lafontaine nicht ausgehandelten Streits zwischen sogenannter Marktorientierung und sozialer Gerechtigkeit. Dieser Konflikt wurde in einem geradezu dezisionistischen Akt der engsten SPD-Parteiführung entschieden und von vielen Parteimitgliedern, Gewerkschaftern und Wählern als Preisgabe der mit der Sozialdemokratie verbundenen sozialen Gerechtigkeit wahrgenommen. Ohne innerparteiliche Diskussion und ohne eine diese Entscheidung begleitende konsistente Politik und Vermittlung nach außen war mit dieser grundlegenden Verschiebung des

sozialdemokratischen Koordinatensystems das Fünfparteiensystem auch in Westdeutschland angekommen. Die ostdeutsche Regionalpartei PDS und die sozialdemokratische Abspaltung WASG mit Oskar Lafontaine schlossen sich als »Die Linke« zusammen.

*Max Reinhardt* zeichnet vor dem Hintergrund der zunehmend autoritär strukturierten Entscheidungsprozesse in der SPD nach, wie sich darüber seit der Bundestagswahl 2002 die innerparteilichen Konflikte zuspitzten. Für ihn handelt es sich um das Ergebnis erbittert geführter Kämpfe zwischen dem rechten und dem linken Parteiflügel. Als mit ihren Parteiflügeln unterschiedliche Wählergruppen repräsentierende Volkspartei, so seine These, ist die SPD darauf angewiesen, dass sich beide Flügel in der Partei auf Augenhöhe begegnen können. Die relative Vielfalt politischer Strömungen in der SPD und ihre dennoch milieuübergreifende Politik waren bei den erfolgreichen Bundestagswahlen der SPD in den Jahren 1969, 1972 und 1998 entscheidend für die Wahlsiege. *Max Reinhardt* rekonstruiert die innerparteilichen Flügelkämpfe seit 2002. Entgegen der in einer Mitgliederpartei üblichen Aushandlung unterschiedlicher politischer Positionen zu integrationsfähigen Kompromissen kommt er für die SPD zu dem Ergebnis, dass die Parteimitgliedschaft durch die zunehmende Verlagerung der innerparteilichen Debatten in die Medienwelt von der Parteiführung weithin entmachtet worden ist.

Dass unter diesen Bedingungen eines autoritären Demokratieverständnisses Mitglieder und mittlere Funktionäre der SPD in Wahlkämpfen noch für sozialdemokratische politische Positionen und Politiker werben können, hat sich mittlerweile als großer Irrtum herausgestellt. Politische Kehrtwendungen, die sie selbst nicht mitbestimmen durften, zumal sie ihnen von den Partieliten regelrecht aufgezwungen wurden, müssen ebenso wie rapide schrumpfende Mitgliederzahlen demotivierend wirken. Damit wird sofort die Frage aufgeworfen, ob das auf demokratisch austarierten politischen Kompromissen basierende Prinzip der SPD als Volkspartei noch zu retten ist. Im Jahr 2009 deutet alles darauf hin, dass die vom rechten Flügel dominierte SPD-Parteiführung in Berlin wenig Interesse bekundet, ihren technokratischen Politikstil der Verlautbarungen von oben zu ändern.

*Stephan Meise* thematisiert mit seinem Beitrag über verprellte Mitglieder und Parteiaustritte die Missachtung der Parteimitglieder und mittleren Funktionäre der SPD. Er liefert einen Einblick in die von katastrophalen Wahlniederlagen der SPD bei den Landtagswahlen in Niedersachsen und Hessen Anfang 2003 und der anschließend verkündeten »Agenda 2010« begleiteten Unruhe und Be-

troffenheit innerhalb der Mitgliedschaft. Auf dem Höhepunkt der nicht allein in der Stadt Hannover einsetzenden Parteiaustrittswelle zwischen April 2003 und April 2004 konnte er jene 100 Austrittsbriefe analysieren, die mit einer Begründung versehen waren. Die hannoveraner SPD hatte allein in diesem Zeitraum 439 Mitglieder verloren, ein Verlust von 8,5 Prozent. Mit der hermeneutischen Methode der Habitusanalyse hat *Stephan Meise* die in den Austrittsbriefen zum Ausdruck gebrachten formalen und inhaltlichen Selbstdarstellungen auf klassenkulturell bedingte Dispositionen zurückgeführt und in einer differenzierten Typologie zusammengefasst. Neben einigen wenigen eher »technokratisch-konservativ« ausgerichteten Austrittsbekundungen fand er eine insbesondere den mittleren Arbeitnehmerschichten angehörende Mehrheit der Ausgetretenen, die sich in ihren politischen und moralischen Überzeugungen von der SPD-geführten Regierung nicht mehr vertreten fühlte. Es handelt sich dabei um für den innerparteilichen Zusammenhalt der Partei wichtige und auch in ihrer Funktion als basisorientierte »Kümmerer« und Vermittler sozialen Kapitals notwendige Mitglieder. Sie sind einer Modernisierung des Sozialstaats nicht grundsätzlich abgeneigt, weigern sich aber, die als traditionell sozialdemokratisch empfundenen Werte der Solidarität und Gerechtigkeit gerade für jene technokratische Parteilite in Berlin zu opfern, die mit der SPD als Mitgliederpartei ohnehin nicht mehr viel im Sinn hat.

Bevor an dieser Stelle auf die sich mit der politischen Situation in Hessen 2008/2009 beschäftigenden Beiträge von *Wolfgang Schroeder* sowie *Horst Peter* und *Mathias Lomb* eingegangen wird, ist kurz daran zu erinnern, wie sich die SPD nach 2003 präsentierte. Trotz des 2004 vorgenommenen Wechsels im SPD-Parteivorsitz von Gerhard Schröder zu Franz Müntefering konnte die SPD sich bei Wahlen nicht wieder stabilisieren. Die Europawahl und die Landtagswahl in Thüringen im selben Jahr bescherten ihr weitere dramatische Niederlagen. Mit der anschließenden, als »Hartz IV« bekannten Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe ging eine noch heftigere Welle der Entrüstung durch das Land. Sie übertraf die Kritik der schon zuvor mit der Gesundheitsreform erfolgten Einführung der ärztlichen Praxisgebühr erheblich. Der mit der Agenda 2010 vorgenommene Versuch, die sozialdemokratische Leitidee des Solidarprinzips mit einem als sozial unausgewogen und als handwerklich dilettantisch empfundenen arbeitsmarkt- und sozialpolitischen Reformkurs umzuändern, musste dann spätestens mit den sich fortsetzenden Niederlagen der SPD bei den Landtagswahlen in Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen 2005 als gescheitert angesehen werden. Als das sozialdemokratische Führungsduo Schröder



und Müntefering nach dem Verlust des »sozialdemokratischen Stammlandes« NRW im Mai 2005 die Neuwahl des Bundestages ankündigten, bezeichneten dies Beobachter in der Zeitschrift SPIEGEL als »Selbstmord aus Angst vor dem Tod«. Offenbar hatte die SPD-Führung darauf spekuliert, dass die in Koalition mit der FDP ausgeprägt marktliberale Positionierung der Unionsparteien mit Rückgriff auf traditionelle sozialdemokratische Gerechtigkeitsthemen zu Gunsten der SPD konterkariert werden konnte. Anders ist es kaum zu erklären, dass ihre Wahlkampfauftritte im Duktus einer Philippika gegen die »Heuschrecken« entfesselter globaler Finanzmärkte und gegen die »soziale Kälte« der »bürgerlichen Parteien« geführt wurden. Diese Inszenierung wurde von der Wählerschaft allerdings nicht belohnt. Insbesondere die SPD und zum geringeren Teil auch die Unionsparteien hatten in der Wählerschaft offenbar ihre Glaubwürdigkeit verspielt.

Die bis heute zunehmend geringer ausfallenden Wahlbeteiligungen auf allen politischen Ebenen lassen sich ebenso wie die damit verbundene Wahrnehmung der dann 2005 konstituierten Großen Koalition auf Bundesebene als Ausdruck von massiver Unzufriedenheit und Politikverdrossenheit interpretieren. Insofern war es kaum überraschend, dass mit Hilfe der im Januar 2005 aus dem gewerkschaftsnahen SPD-Umfeld konstituierten »Wahlalternative Arbeit & soziale Gerechtigkeit« (WASG) die noch bei den Bundestagswahlen 2002 an der Fünf-Prozent-Hürde gescheiterte PDS 2005 in den Bundestag einziehen konnte. Der frühere SPD-Vorsitzende Oskar Lafontaine hatte diese zum Zusammenschluss beider Parteien zur Linkspartei führende Entwicklung beschleunigt und sich gemeinsam mit Gregor Gysi von der PDS als sozialstaatlich ausgerichteten Gegenpol zum etablierten Parteienspektrum profilieren können. Das Kalkül, über Ostdeutschland hinaus von der Sozialdemokratie seit 1998 enttäuschte Wählerschichten zu erreichen, bestätigte sich in den nachfolgenden Landtagswahlen, so dass die Linkspartei bis zum Zeitpunkt von 2009 über die ostdeutschen Landtage hinaus auch in den westlichen Ländern Fuß fassen konnte.

Schon die Bundestagswahl 2005, als die Grünen von der neuen Linkspartei überflügelt wurden, deutete an, das mit dem relativ erfolgreichen Auftreten der Linken nicht nur für die SPD, sondern auch für die Grünen ein neuer Konkurrent entstanden war, der sowohl in den wirtschafts- und sozialpolitischen als auch in den außenpolitischen Feldern zu einer über die grünen Kernthemen hinausreichenden strategischen politischen Klärung provozierte. Diese zumeist noch auf Landesebene – dabei jedoch die Bundestagswahl von 2009 durchaus im Visier – von mehrdeutigen Koalitionsoptionen überlagerten parteiinternen

Klärungsprozesse sind bis heute weder in der SPD noch bei den Grünen abgeschlossen. Wie schon in Hamburg geschehen, stehen die Grünen insgesamt vor der Herausforderung, die eindeutigen Angebote der modernen Fraktionen der CDU zur Koalitionsbildung zu prüfen. Dieses Angebot zur Beteiligung an neuen Machtkonstellationen anzunehmen, würde für die Grünen einen Wechsel des politischen Lagers bedeuten. An Stelle der FDP eine auf Dauer nicht sichere grüne Juniorpartnerschaft einzugehen, die mit einer massiven Verunsicherung in der rot-grünen Stammwählerschaft verbunden wäre, würde zudem den Platz an der Seite der SPD für die Linkspartei freimachen. Diese Konstellation könnte der SPD die Entscheidung darüber erleichtern, ob sie ihre von nicht wenigen Beobachtern als historischen Fehler eingeschätzte Zurückweisung moderater SED-Mitglieder nach 1990 wiederholen soll, oder ob sie die in einigen ostdeutschen Ländern ohnehin schon praktizierte Kooperation mit der Linkspartei systematisch ausbauen soll. Letzteres würde bedeuten, im Sinne des politischen Lagerdenkens die sozialstaatliche Profilierung insbesondere auf Kosten der Unionsparteien zu erneuern und wäre darüber hinaus mit der Chance verbunden, nach langen Jahren endlich auch in Ostdeutschland Fuß zu fassen.

Die hessische SPD, so *Wolfgang Schroeder* in seinem die Geschichte, die Organisationsstrukturen und die Wahlkämpfe der Landespartei analysierenden Beitrag, war einst als mitgliederstarke und alltagskulturell geerdete Volkspartei der »Superstar« unter den deutschen Sozialdemokratien. Sie war zwischen 1949 und 2009 immerhin 49 Jahre an der hessischen Regierung beteiligt. Ihrer im 2009 erlittenen Wahlniederlage waren innerparteiliche Zerreißproben vorausgegangen. Sie entstanden unter dem Einfluss der Bundespartei, der nicht aufgearbeiteten Wahlniederlage bei den hessischen Landtagswahlen 2003 und der sich zuspitzenden Flügelkämpfe im Kontext der 2008 erfolgten Kandidatur Andrea Ypsilantis und mündeten in das Wahldebakel von 2009. *Wolfgang Schroeder* analysiert die traditionelle hessische SPD als eine Mitgliederpartei, die in ihrem lebensweltlich fundierten Eigensinn nur selten dem wählermarktorientierten Parteienwettbewerb etwas abgewinnen konnte. Stattdessen gelang es ihr über lange Zeit, die politische Fragmentierung in Flügel und Strömungen zu integrieren und für eine gemeinsame Strategie konflikt- und mobilisierungsfähig einzusetzen. Heute hingegen stellt sich die Partei in ihrer zunehmenden Verengung zur Berufspolitikerpartei, mit ihrer Distanz zu den sich modernisierenden Alltagswelten und dem daraus resultierenden Verlust an sozialem Kapital – so stellt die SPD nur noch in drei hessischen Großstädten die Oberbürgermeister – immer weniger als eine politische Integrationskraft dar, die in der Lage ist, über

die verbliebenen eigenen Vorfeldorganisationen hinaus unterschiedliche soziale Gruppen und Organisationsbündnisse für sich mobilisieren zu können.

Dass diese Mobilisierungskraft noch nicht vollständig verloren ist, diskutieren *Horst Peter* und *Mathias Lomb* im ersten Teil ihres Beitrags über die Hessen-Wahlen 2008 und 2009. CDU-Ministerpräsident Roland Koch hatte 2008 seine absolute Mehrheit verloren. Seine Herausforderin Andrea Ypsilanti hatte – gegen den Trend – für die SPD erfolgreich Stimmen hinzugewonnen, war aber auf eine Drei-Parteien-Koalition angewiesen, um die hessische Landesregierung stellen zu können. Es handelte sich um einen nur ›gefühlten‹ Wahlsieg, weil die SPD mit Andrea Ypsilantis Wahlkampfaussage, nicht mit der Partei Die Linke zusammenarbeiten zu wollen, in einer Zwickmühle saß, zumal sich die hessische FDP einer Ampelkoalition beharrlich verweigerte. Abgeordnete des rechten Parteiflügels der SPD verhinderten letztlich eine Zusammenarbeit von SPD, Grünen und Die Linke, so dass es zur Neuwahl in Januar 2009 kam. *Horst Peter* und *Mathias Lomb* analysieren den Wahlkampf und die Wahlergebnisse in Kassel für die Jahre 2008 und 2009. Sie zeigen auf, dass es der SPD mit Andrea Ypsilanti im Jahr 2008 gelungen war, gegen die Politik von Roland Koch, insbesondere aber auch gegen die Agenda 2010 der Bundes-SPD, ein eigenständiges landespolitisches Programm der »Sozialen Moderne« zu vermitteln. Die hessische SPD konnte bis in die Gemeindeparlamente und Kreisräte hinein für eine neue rot-grüne Bildungs-, Umwelt-, Wirtschafts- und Sozialpolitik mobilisieren. Es handelte sich dabei um einen gesellschaftlich-politischen Aufbruch, der von unterschiedlichen Interessenverbänden bis hin zu den Gewerkschaften und Naturschutzverbänden in begleitenden Kampagnen unterstützt wurde. Im Ergebnis konnte die SPD 2008 ihr Problem des ›Milieuspagats‹ lösen: Wähler der Arbeitnehmer-Milieus konnten aus der Nichtwählerschaft und von der CDU zurückgewonnen werden, und Wähler der eher modernisierten und gut qualifizierten Milieus kamen von den Grünen zur SPD zurück. Doch schon ein Jahr später – der hessische Selbstbefreiungsversuch von den Fesseln der in Berlin agierenden SPD-Parteiführung war vom eigenen konservativen Parteiflügel verhindert worden – erlebte die hessische SPD eine massive Demobilisierung und wurde auf den Stand des Jahres 2003 zurückgeworfen.

Der hessischen SPD ging es letztlich nicht viel besser als schon den Niedersachsen bei den Landtagswahlen der Jahre 2003 und 2008. *Heiko Geiling* verweist in seinem Beitrag darauf, dass die spätestens seit 2003 in der SPD zu beobachtende autoritäre innerparteiliche Entscheidungskultur mit ihrer von der Parteiführung betriebenen Ausgrenzung alternativer Politikmodelle kommunal-

und vor allem landespolitische sozialdemokratische Mobilisierungen systematisch behindert hat. Insofern ähnelt das Schicksal von Andrea Ypsilanti dem des niedersächsischen Kandidaten von 2008, Wolfgang Jüttner. Dieser sah sich in Niedersachsen von einflussreichen Parteifreunden eingekeilt, die wie Sigmar Gabriel, als bundespolitisch engagierte ›Bezirksfürsten‹ ihm keine Chance ließen, sich in kritischer Distanz zur Bundespolitik mit einem eigenständigen landespolitischen Profil zu entwickeln. Mit seinen »Zwischenrufen« von 2003 und 2008 legt *Heiko Geiling* kleinräumige Analysen der Wahlergebnisse im Raum Hannover vor, die in Kenntnis der städtischen sozialen Topographie mit ihren spezifischen Konfigurationen sozialer Milieus die Beziehungen zwischen den sich in den Stadtteilen verändernden sozialen Feldern und dem Feld der Politik aufdecken. Er kann darauf aufmerksam machen, dass die SPD als Mitglie­derpartei mittlerweile auf tönernen Füßen steht. So musste die SPD allein in der Region Hannover zusehen, wie sie zwischen den Landtagswahlen 1998 und 2008 die Hälfte ihrer Wählerschaft verloren hat.

Mit Blick auf die Ergebnisse der Bundestagswahlen seit 1998 in der Stadt Hannover greift auch der Beitrag von *Daniel Gardemin* diese Problematik auf. Mit seiner kleinräumigen Analyse kann er das politische Feld exemplarisch ausmessen. Nachgewiesen wird, dass eine durchaus relevante Zahl ehemaliger SPD-Wähler aus dem Nichtwählerlager zur Linkspartei überwechselte und damit nicht nur die machtpolitischen Optionen der SPD einschränkte, sondern mit der Etablierung des Fünf-Parteien-Systems auch das Lager von CDU/FDP grundlegend schwächte. SPD und Grüne seien gerade in den sozialstrukturell modernisierten städtischen Ballungsräumen gezwungen, die Linkspartei ernst zu nehmen, zumal Ampelkoalitionen von SPD, FDP und Grüne von den zum Teil noch in der Wahlverweigerung verharrenden sozialdemokratischen Stammwählern der eher ›grün-roten‹ modernen Arbeitnehmer nicht akzeptiert werden. Für *Daniel Gardemin* erscheint eine programmatische Erneuerung der beiden Volksparteien unter dem Druck der Großen Koalition nahezu ausgeschlossen. Dies gelte insbesondere auch für die CDU, die mit unterschiedlichen Modernisierungsgeschwindigkeiten in städtischen Agglomerationen und in der ländliche Fläche agiere und somit ähnlich wie die SPD einem fortwährenden Dilemma des inhaltlichen politischen Spagats ausgesetzt sei.

Auch der anschließende Beitrag von *Thomas Schwarzer* beschäftigt sich mit der in Bewegungen geratenen Parteienkonstellation. Mit Blick auf die 15 größten Städte in Deutschland stellt er die Frage, ob die auf Bundes- und Landesebene zu beobachtenden politischen Trends sich in den Städten widerspiegeln,

oder ob die lokale Politik einer eigenen Logik folgt. Mit dem Verweis auf die in allen Großstädten praktizierte Direktwahl der Oberbürgermeister sieht *Thomas Schwarzer* einen Erklärungsansatz für die gewachsene Personalisierung der Stadtpolitik und den tendenziellen Rückgang des Einflusses der politischen Parteien. Auch setze sich in den zu identifizierenden Modellen »hierarchischer und kooperativer Stadtpolitik« dieser Einflussverlust noch weiter fort. Denn die im Sinne von »new governance« praktizierte städtische Netzwerkpolitik unter bevorzugter Einbeziehung der städtischen Machteliten verdränge die auf intermediäre Vermittlung angewiesene Wählergruppen aus den unteren und mittleren sozialen Milieus ebenso wie die politischen Einflussmöglichkeiten der lokalen Parteiengliederungen. Damit sei ein massiver Legitimationsverlust der politischen Parteien und des lokalen politischen Systems verbunden, der sich in extrem niedrigen Beteiligungen bei Kommunalwahlen auswirke.

Die abschließenden Thesen von *Horst Peter* und *Michael Vester* können als eine zugespitzte Zusammenfassung der vorausgehenden Beiträge gelten. Sie kritisieren die von der SPD-Führung ausgehende und die Vielfalt der sozialdemokratischen Wählergruppen vernachlässigende »Gleichschaltung der Parteiflügel«. Insbesondere mit der rücksichtslosen Durchsetzung des »neoliberalen Modells Deutschland« gegen eigene Mitglieder- und Wählergruppen habe die Parteilite der SPD die zunehmende Bedeutung des massiven sozialen Strukturwandels und der Modernisierung der Wählerschaft in Deutschland außer Acht gelassen. Die von traditionellen wie insbesondere auch von modernisierten Arbeitnehmersmilieus bevorzugten Themen, wie politische Beteiligung, soziale Sicherung, ökologische Nachhaltigkeit und der Abbau von Privilegien und autoritärer Bevormundung, scheinen mittlerweile in anderen Parteien größere Berücksichtigung zu finden als in der SPD. Gegen ein »autoritäres betriebswirtschaftliches Reglement« technokratischer Parteibürokraten plädieren *Horst Peter* und *Michael Vester* für eine sozialdemokratische Politik der umfassenden Mobilisierung gesellschaftlich-politischer Mitbestimmung. Die aktuelle Wirtschaftskrise sei nicht allein mit den von industriepolitischen Machtkartellen dominierten Instrumenten staatlicher Wirtschaftspolitik zu bewältigen. Es komme darauf an, nach der Periode der neoliberalen Bevormundung und Überreglementierung die Menschen nicht mehr nur als Kostenfaktor zu fürchten, sondern auch wieder als wirtschaftliche und politische Produktivkräfte zu mobilisieren. Wie an den verschiedenen wirtschaftlichen Krisen mit ihren anschließenden Aufbruchphasen in der amerikanischen Gesellschaft ablesbar, habe die Sozialdemokratie dann eine Zukunft, wenn sie unter Berufung auf die Willy-Brandt-Zeit und das rot-

grüne Projekt einen Politikwechsel vornehme. Eine realistische sozialdemokratische Integrationspolitik gebe es heute nur zu den Bedingungen einer partizipatorischen Demokratie. Dann könnten auch jene intermediär wirkenden sozialen Verbände und Akteure mobilisiert werden, über die sich die sozialen Milieus der großen konservativen und modernen Arbeitnehmermitte integrieren ließen.

Für die Geduld bei der Fertigstellung des vorliegenden Bandes muss allen beteiligten Autoren gedankt werden. Soweit es ihnen notwendig und möglich erschien, haben sie in ihren Beiträgen die sich überschlagenden politischen Ereignisse des Jahres 2008 kurzfristig mit berücksichtigen können. Das Sozialforschungszentrum agis e.V. hat das Buchprojekt großzügig unterstützt. *Klaus Wettig* muss für seine kritischen Anmerkungen zu einzelnen Beiträgen gedankt werden. Großer Dank gebührt *Michael Vester*. Ohne sein Engagement wäre der Band nicht zustande gekommen. Mit seinen eigenen Beiträgen sowie mit seinen beharrlich kritischen Anregungen hat er zur differenzierten Argumentation einzelner Texte und damit zum Gelingen des ganzen Bandes entscheidend beigetragen.

Hannover, Februar 2009.

*Heiko Geiling*